

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Juli/August 2017

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



**Großabnehmerrabatt
ABRUFSCHEIN**
Sonderkonditionen
für Neuwagen
der Marke Toyota
Seite 17



Deutschland
INTERVIEW
Sozialversicherungsexperte
Erwin Rüdell MdB (CDU) im
Gespräch mit Marcus Rexfort
Seite 10



Das politische Comeback des Euro-Rebellen Frank Schäffler



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

Allianz 

„**A**nderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, hier: Änderung der Regelung zum Alterspräsidenten (§ 1 Absatz 2 GO-BT) sowie weitere Änderungen in den §§ 93, 93a und 93b GO-BT.“ So lautet der Tagesordnungspunkt 22 in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestags, der gegen 20:40 Uhr aufgerufen werden soll. Hinter dem bürokratisch-sperrig klingenden Titel steckt ein simples Anliegen: Der nächste Bundestag soll nicht von einem Alterspräsidenten mit AfD-Parteiausweis eröffnet werden. Mit anderen Worten: Die Geschäftsordnung wird von den GroKo-Fraktionen CDU/CSU und SPD zum Nachteil der Rechtspopulisten manipuliert.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Mir wäre es am liebsten, die Wähler sorgten am 24. September selbst dafür, dass die neue Rechtspartei mit ihren national-konservativen, völkischen und rechtsradikalen Strömungen unter fünf Prozent bleibt. Sollte aber das Volk anders entscheiden, dann müssten die anderen Parteien das eben hinnehmen. Der Preis, dass ein älterer AfD-Politiker die erste Sitzung des neuen Parlaments eröffnete, erscheint geringer als der dieser manipulativen Machtdemonstration von Schwarz-Rot: Sie beschädigt nämlich die Glaubwürdigkeit des demokratischen Prozesses.

Die Aufgabe eines Alterspräsidenten ist so gering, dass sie den Aufwand einer umständlichen Geschäftsordnungsdebatte mit „Gschmäcke“ nicht lohnt. Er eröffnet die Sitzung, sagt einige mehr oder weniger tief-sinnige Worte über den Parlamentarismus und leitet die Wahl des Bundestagspräsidenten. Dann setzt er sich wieder in die Reihen seiner Fraktion – das war's.

Dies zu tun, fiel nach bisherigem Brauch dem nach Lebensjahren ältesten Abgeordneten zu. Wenn dieser das nicht wollte, gab er die Aufgabe an den zweitältesten weiter. So wird es aber im Herbst nicht mehr sein, da die AfD unter ihren Bundestagskandidaten gleich mehrere hat, die an Lebensalter allen anderen voraus sind. Deshalb wird der Bundestag beschließen, dass künftig das Mitglied des Hohen Hauses als Alterspräsident fungiert, das dem Bundestag am längsten angehört. Sollte es zwei Parla-



von Dr. Hugo Müller-Vogg

mentarier mit gleich langer „Dienstzeit“ geben, entschiede das Lebensalter. Aber da die AfD dem Parlament bisher nicht angehört hat, ist sie dank der neuen Regelung garantiert außen vor.

CDU/CSU und SPD weisen mit Abscheu und Empörung zurück, hier handle es sich um eine „Lex AfD“. Mit Unschuldsmiene versichern ihre Repräsentanten stattdessen, es gehe allein darum, einen erfahrenen Parlamentarier mit dieser Aufgabe zu betrauen; ein Neuling könnte überfordert sein. Erfahrung ist indes keine Garantie für eine würdige Eröffnung des neugewählten

Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

Parlaments. Nach der Bundestagswahl 2009 wurde dem Frankfurter CDU-Abgeordneten und ehemaligen Forschungsminister Heinz Riesenhuber die Ehre zuteil, die erste Sitzung zu eröffnen. Seine Rede geriet zu einer Mischung aus staatsmännischem Pathos und Polit-Kabarett. So erzählte Riesenhuber vom Befinden der Fische im Main. Früher seien dort viele tote herumgeschwommen, erinnerte er sich. Heute seien die Fische im sauberen Wasser putzmunter, was freilich den Anglern besser gefalle als den von ihnen Geangelten. Riesenhuber erklärte zudem das Waldsterben für beendet und berichtete, dass er Unternehmer regelmäßig frage: „Wann haben Sie Ihren Abgeordneten zum letzten Mal geknuddelt?“

Umgekehrt ist auch ein Parlamentsneuling durchaus in der Lage, die Sitzung zu leiten, wie Stefan Heym 1994 bewies. Der machte seine Sache formal ordentlich. Dass die CDU/CSU an der Person des par-

teillosen Schriftstellers, der für die PDS in Ostberlin ein Direktmandat errungen hatte, Anstoß nahm, hatte einen anderen Grund. So gab es vor der ersten Sitzung eine öffentlich Debatten über die Frage, ob dieser einst DDR-kritische, gleichwohl regime-treue und auf vielfältige Weise privilegierte PDS-Abgeordnete „würdig“ sei, die neue Wahlperiode zu eröffnen. Da die CDU/CSU Heym indes als Alterspräsidenten nicht verhindern konnte, verweigerte sie ihm den Beifall; einige Fraktionsmitglieder verließen demonstrativ den Plenarsaal. Der Skandal im Skandal: Heyms Rede wurde nicht wie üblich im amtlichen Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht.

Mit Hilfe der „Lex AfD“ soll künftig aber alles besser werden. Dabei nehmen CDU/CSU und SPD den Vorwurf in Kauf, sie wollten einen unerwünschten politischen Neuling benachteiligen. Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten und deren Agitieren gegen die „Altparteien“. In die gleiche Kategorie fallen auch Geschäftsordnungstricks in Landtagen, der AfD durch Änderungen an der Geschäftsordnung einen Sitz im Landtagspräsidium zu verweigern oder ihre parlamentarische Arbeit sonstwie zu erschweren. Ein souveräner Umgang mit einem unerwünschten Konkurrenten sähe anders aus.

Ein kleiner Lichtblick: Die Grünen wollen gegen die Änderung der Geschäftsordnung stimmen, weil ihnen das Verfahren zu manipulativ ist. Die Linke wiederum enthält sich der Stimme, weil ihr das Verfahren zwar dubios erscheint, sie seinen Zweck aber gleichwohl begrüßt. Wahrscheinlich erinnern sich manche Genossen der Linkspartei noch an die Zeiten, als die „Bonner Parteien“ ihnen im Bundestag wie in den Landtagen das Leben mit allerlei Tricks zu erschweren suchten. Eine Frage allerdings bleibt offen: Was passiert, wenn eines ferneren Tages die AfD den nach Dienstjahren „ältesten“ Abgeordneten stellen sollte? Ob dann CDU/CSU und SPD wieder zur alten Regelung zurückkehren? Wenn deren Akteure von morgen so denken wie die von heute – ganz sicher. ■

Erstveröffentlichung: www.tichyseinblick.de und www.huffingtonpost.de

Ein Alterspräsident von der AfD darf nicht sein

EUROPA FIRST!

von Staatssekretär a. D. Friedhelm Ost

Niemals zuvor in den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war der Graben zwischen den USA und Europa tiefer als zur Zeit. Der amerikanische Präsident Donald Trump zerstört das transatlantische Verhältnis mit immer neuen Eskapaden. Er setzt auf eine nationale Politik, die seinen Wählern in vielen Staaten der USA gefallen soll. Den Partnern und Verbündeten von einst stößt er garstig vor den Kopf; einige schiebt er brachial von der gemeinsamen Bühne der Weltpolitik.

Gestörtes Verhältnis

Kalte Duschen verpasste Trump jüngst seinen Partnern in der NATO und beim G7-Gipfel. Die meisten standen wie begossene Pudel da, obwohl der Parvenu aus Washington schon vor seinem Einzug in das Weiße Haus landauf, landab sein „America first“ verkündet hatte. Jetzt im Amt ist er mehr als unberechenbar geworden. Damit gefährdet er die geopolitische Stabilität und Sicherheit. Und das in einer Zeit, in der die Kriege, Krisen und Konflikte unübersehbar sind und deren Lösung nach Einigkeit der transatlantischen Partner geradezu schreit.

Nahezu alle Staats- und Regierungschefs haben es bei ihren Treffen mit Donald Trump versucht, wahrlich mit Engelszungen auf ihn einzureden und ihn auf einen gemeinsamen Kurs der Vernunft zu bewegen. Doch angesichts seines allzu simplen Weltbildes und seiner amerikanischen Cowboy-Mentalität waren mit ihm keine echten Deals zu machen. Mit seiner Twitter-Methode desavouiert er andere Politiker, Experten und Medien. Ob solche Trump-Attacken für ihn die beste Verteidigung sind,



muss bezweifelt werden. Denn daheim in den USA braut sich einiges gegen den Präsidenten, seine Familie und Getreuen aus dem Trump-Tower zusammen. Ob das alles zu einem Impeachment-Verfahren und damit zu einem vorzeitigen Ende der Präsidentschaft Trumps führen wird, das mögen viele hoffen, doch ist das unsicher und wird auf jeden Fall noch lange dauern. Und niemand weiß, was von einem möglichen Nachfolger im Weißen Haus zu erwarten wäre.

EU-Sklerose beenden!

Europa ist gefordert. Da genügt es nicht, wenn die Bundeskanzlerin Zweifel an der Zuverlässigkeit der USA äußert. Richtig ist

jedoch ihre Forderung, dass „wir Europäer jetzt unser Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen“. Allerdings befindet sich die EU seit Jahren nicht gerade in Top-Form. Viel zu lange und intensiv ging es um die Bewältigung interner Krisen. Die Stabilisierung des Euro-Systems hat zwar Fortschritte gemacht, doch das Schuldenproblem Griechenlands längst noch nicht endgültig gelöst. Die Brexit-Entscheidung traf die EU wie ein Keulenschlag. Die notwendigen Verhandlungen mit Großbritannien werden gewiss schwierig, zumal klar ist, dass den Briten keine Rosinenpickerei gewährt und von ihnen hohe Milliardenbeträge für den EU-Austritt gefordert werden. Zudem zeigen die meisten Staaten Europas nach wie vor die größtmögliche

Unsolidarität bei der gemeinsamen Lösung der Flüchtlingsprobleme. Schließlich werden in einigen EU-Mitgliedsstaaten Tendenzen zu einer Renationalisierung deutlich – vor allem in Polen und Ungarn.

Neue Chancen mit Frankreich

In Frankreich konnte mit der Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten die rechtsradikale Front Nationale noch einmal abgewehrt werden. Doch schon Anfang Juni wird sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung zeigen, ob eine handlungsfähige Mehrheit im Parlament den außerordentlich europafreudigen Kurs von Macron in den nächsten Jahren unterstützen wird. Der Präsident braucht dringend Erfolge, sonst wird das Damoklesschwert von Marie Le Pen weiter über Frankreich und Europa schweben.

Frankreichs neuer Präsident hat bei seinem Einzug in den Elysée-Palast die Europa-Hymne intonieren lassen und damit ein mehr als deutliches Signal gesetzt – vor allem in Richtung Berlin. Die deutsch-französische Partnerschaft könnte nun von dem Duo Merkel/Macron neu belebt werden und kräftige Impulse für die Stärkung der EU auslösen – wie einst von Adenauer/de Gaulle und Mitterrand/Kohl. Die Zeit des Zögerns und Zauderns sollte von der Bundesregierung sofort beendet werden. Mit manchen Bedenken und einer Politik des kleinen Karos wird die Achse Berlin-Paris nicht in Schwung zu bringen sein. Angela Merkel ist deshalb gefordert, gemeinsam mit Präsident Macron neue Perspektiven für die EU zu entwerfen und zu realisieren. Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ist dabei ein starkes Pfund, um zum einen

Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.



auch Frankreich nach vorne zu bringen, zum anderen gemeinsam mit den französischen Freunden die europäische Sklerose zu überwinden.

Ein starkes Kern-Europa!

Dabei ist durchaus denkbar, dass sich einige EU-Staaten zu einem Kerneuropa formieren, das angesichts der großen globalen Herausforderungen auf einen mutigen Vorwärtskurs ausgerichtet wird. Denn die Probleme der inneren und äußeren Sicherheit, der Bekämpfung des

Terrorismus, der Wirtschafts- und Währungspolitik, der Digitalisierung und der Renationalisierung lassen sich nur von einer starken europäischen Gemeinschaft lösen. Eine solche Kerngruppe von EU-Staaten wäre auch stark genug, dem US-Präsidenten Donald Trump Contra zu geben, mit der Volksrepublik China politisch und wirtschaftlich ein neues Kapitel der Kooperation zu beginnen und auch die Beziehungen zu Russlands Präsident Putin zu verbessern. Europa first: Nur so ist die Zu-

kunft unseres Kontinents erfolgreich zu gestalten – in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Kuschen vor Trump, nationaler Chauvinismus und Angst um die eigenen Pfründe würden mit Sicherheit alle Europäer zu Verlierern machen.

Nur wenn Europa nach außen geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen wird, kann es eine mitbestimmende Rolle in der Weltpolitik spielen. Wer auch immer in Zukunft Präsident der USA sein mag, ein starkes Europa würde ihm Res-

pekt abverlangen und als Partner auf Augenhöhe begegnen. Das transatlantische Verhältnis muss dringend neu justiert werden – mit einem new deal von Amerika und Europa. Die USA werden auch in Zukunft ein wichtiger Partner Europas bleiben, aber eben mit Trump als Präsident ein unzuverlässiger. Das gemeinsame politische Porzellan ist leider weitgehend zerbrochen. Deshalb sollten die Europäer auf Neues setzen anstatt nun mühsam zu versuchen, die Scherben zusammenzukleben. ■

Die Grünen haben endlich wieder eine Verbots-Idee

von Klaus Kelle

Die Grünen waren in ihren Gründertagen eine zwar linksextreme aber auch idealistische Partei, in der man eine Gesellschaft wollte, die den Menschen weitestgehende Freiheit zugestehen wollte – viel mehr als die anderen Parteien. Diese Zeiten sind vorbei. Die Öko-Partei hat sich besonders in den vergangenen zehn Jahren zu einer spießigen Verbotspartei entwickelt, die Bürger drangsalieren, den Alltag im Detail regeln und mit Verboten schwachsinnige Ideen erzwingen will. Das glauben Sie nicht? In meinem aktuellen Buch habe ich mal zusammengestellt, was es da zuletzt so gab:

Plastiktüten-Verbot, Glühbirnen-Verbot, Verbot von Billigflügen, Computerspiel-Verbot, Nachtflug-Verbot, Rauchverbot, Heizpils-Verbot, Verbot verkaufsoffener Samstage, Grillverbot in öffentlichen Parks, Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak, Rauch-Verbot im Auto, Tier-Verbot im Zirkus, Verbot von Auto-Werbung,

wenn diese viel Benzin verbrauchen, „Veggie Day“, also das Verbot an bestimmten Tagen Fleisch zu essen, Verbot von Gen-Pflanzen, Verbot von Erster-Klasse-Abteilen in der Bahn, Verbot von Autos mit Verbrennungsmotoren überhaupt, Verbot von Silvester-Feuerwerk, Verbot von „Zweckentfremdung“ bei städtischen Immobilien. Und, das liegt den Deutschen besonders am Herzen: Verbot von „gefährlichen Dildos“.

Der neueste Vorschlag stammt aus Niedersachsen.

Dort will die Öko-Partei Online-Shopping an Sonntagen stark einschränken. Dazu liegt ein Antrag für das Wahlprogramm vor, der von Landeschef Stefan Körner unterstützt wird. Denn, so sagt er wörtlich: „Es ist ausreichend, wenn die Bearbeitung der Bestellung am Montag passiert.“ Die Mitarbeiter müssten dann nicht auch am Wochenende arbeiten.

Es ist ausreichend, sagt Herr Körner. Was befähigt ihn zu dieser Aussage? Was für ein Staatsverständnis haben diese

Leute? Begreifen sie nicht, dass Konsum und Flexibilität der Antrieb unseres Wohlstandes sind? Denken Sie nicht darüber nach, dass viele Menschen, die mit ihrem Einkommen nicht auskommen, froh sind, wenn sie am Wochenende in Teilzeit ihr Gehalt aufbessern können? Und überhaupt: Was geht es den Staat an, wie jemand sein Unternehmen organisiert? Was geht es den Staat an, wann jemand was bestellt? Und wollen sie demnächst am Wochenende das Internet abschalten? Denn wer will mich daran hindern, online bei einem Versandhändler in Holland oder Österreich oder Großbritannien einzukaufen – zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft?

Die Idee der niedersächsischen Grünen ist eine Schnapsidee. Vor allem aber belegt sie eindrucksvoll, warum diese Partei inzwischen überflüssig ist. ■

Erstveröffentlichung:
The GermanZ

Klaus Kelle

ist regelmäßiger
Kolumnist bei
FOCUS ONLINE
und selbstständiger
Medienunternehmer
www.kellecom.de





Das Comeback des Euro-Rebellen

Frank Schäffler gewinnt Kampfabstimmung um sicheren FDP- Listenplatz

Sollte die FDP bei der kommenden Bundestagswahl den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, ist Frank Schäffler zurück auf dem Berliner Parkett.

Rückblick: Im September 2011 initiierte Schäffler einen partei-internen Mitgliederentscheid über die Position der FDP zum Europäischen Stabilitätsmechanismus. Allerdings unterlag er mit seinem Antrag bei der Entscheidung im Dezember 2011 mit 44,2 Prozent dem konkurrierenden Antrag des FDP-Bundesvorstandes (54,5 Prozent). Am 29. Juni 2012 stimmte Schäffler

im Bundestag gegen den ESM, was ihm der damalige Partei- und Fraktionsvorstand ausgesprochen übel nahm. Fortan sah sich Schäffler wegen seines Widerstandes gegen den Kurs der FDP-Führung und seines Abweichens von der Fraktionsdisziplin innerhalb der FDP-Fraktion „Druck und Ausgrenzung“ ausgesetzt.

Insider berichten, dass der Parteivorsitzende Christian Lindner im Vorfeld des FDP-Landesparteitages in Neuss, auf dem über die Landesliste für die Bundestagswahl 2017 abgestimmt wurde, zu verhindern ver-

suchte, dass Schäffler im Bundestagswahlkampf eine wichtige Rolle spielt. Dennoch wählten die Delegierten den Euro-Rebell in einer Kampfabstimmung auf Platz 10 der NRW-Landesliste. Danach titelte RP-online: „Frank Schäffler ist ein Risiko für den FDP-Chef.“ Und weiter: „So unterhaltsam FDP-Chef Christian Lindner auch ist – mit einem Widersacher wie Schäffler an seiner Seite wird die FDP interessanter.“

Über sein politisches Comeback sprach Frank Schäffler mit den BDS-Vertretern Andreas Gruschovnik und Joachim Schäfer.

? Sehen Sie sich auch als Widersacher von Christian Lindner, so wie dies *RP-online* titelte, und stellen Sie ein Risiko für den FDP-Chef dar?

Frank Schäffler: Christian Lindner und ich haben uns nach der Landeswahlversammlung ausgesprochen. Wir sind uns einig darüber, nicht mehr so sehr über die Vergangenheit zu sprechen, sondern wir wollen nach vorne schauen und wir wollen erfolgreich diesen Bundestagswahlkampf bestehen. Ich werde dazu meinen Beitrag leisten. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt es inhaltlich keinen Dissens zwischen Christian Lindner und mir. Inzwischen sind Lindner und ich uns auch einig darüber, dass zu einer stabilen Geldpolitik der EZB die Einhaltung des Maastricht-Vertrages sowie die Einhaltung der Stabilitätskriterien gehören und dass man einem Land die Austrittsmöglichkeit aus dem Euro geben muss. Diese Forderungen sind inzwischen Teil unseres Wahlprogrammes. Somit gibt es hier keine unterschiedliche Auffassung zwischen Christian Lindner und mir mehr.

? In der *Wirtschaftswoche* war zu lesen, dass Sie Ihre Partei nur bedingt für regierungsfähig halten und Sie werden zitiert mit den Worten: „Wir haben keine Bundestagsfraktion und keine Mitarbeiter. Wir können Koalitionsverhandlungen gar nicht

stemmen.“ Liegt Ihre Aussage in der Befürchtung begründet, von größeren Koalitionspartnern, wie schon unter Schwarz-Gelb, untergepflügt zu werden?

Frank Schäffler: Auch wenn es rechnerisch für eine Koalition Mehrheiten gibt, heißt das noch lange nicht, in eine Bundesregierung einzutreten. Wichtig ist für uns, dass wir erst einmal parlamentarisch wieder Fuß fassen. Und auch als Opposition kann man Druck auf eine Regierung ausüben. Wir haben als Partei in den letzten Jahren durchaus gemerkt, dass uns eine gewisse Demut, auch vor dem Wähler, ganz gut zu Gesicht steht. Insofern ist es aus meiner Sicht anmaßend, zu sagen, wir wollen gleich wieder in eine Bundesregierung eintreten. Für mich ist wichtig, dass die FDP bei der Bundestagswahl ein möglichst gutes Ergebnis erzielt. Außerdem sind wir ein gebranntes Kind. Gemeinsam vereinbarte Projekte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen inhaltlich auch umgesetzt werden. Daran hat es aus unserer Sicht bei der schwarz-gelben Koalition gehapert, weil unser Koalitionspartner inhaltlich das gar nicht umsetzen wollte, was vereinbart war – besonders in der Steuer- und Finanzpolitik.

? Die OECD hat deutlich gemacht, dass weltweit nur in Belgien die Menschen

mehr Steuern und Abgaben zu zahlen haben als in Deutschland. Leistungswillige Bürger werden schon bei dem Einkommen von 53.000,00 Euro im Jahr mit einem Spitzensteuersatz belegt und somit demotiviert. Die FDP-Forderung „mehr netto vom brutto“ konnte – wie Sie gerade selbst sagten – seinerzeit in der schwarz-gelben Koalition nicht durchgesetzt werden. Wie positioniert sich die FDP in dieser Frage, sollte sie nach der Bundestagswahl doch mit in Regierungsverantwortung kommen?

Frank Schäffler: Am Ende muss ein Dreiklang stehen. Die Bürger und die Unternehmen müssen spürbar entlastet werden, auch um Investitionen anzuregen und die Kaufkraft zu steigern. Auf jeden Fall muss der sogenannte Mittelstandsbauch begradigt werden und der Solidaritätszuschlag entfallen. Weiterhin dürfen wir natürlich nicht die Investitionstätigkeit des Staates vernachlässigen. Ich nenne hier drei Bereiche: Bildung, digitale Infrastruktur und Verkehrsinfrastruktur. Zum Dreiklang gehört auch die Haushaltskonsolidierung, die wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Wer auf die Einhaltung der Maastricht-Verträge besteht, hat auch eine Vorbildfunktion, wenn es um den Abbau der Verschuldung und die Einhaltung von Stabilitätskriterien geht. ▶

? Wie hoch soll Ihrer Meinung nach der Spitzensteuersatz sein?

Frank Schäffler: Nach den Vorstellungen der FDP soll der Spitzensteuersatz bei 35 Prozent angesiedelt werden. Auch ein Stufentarif, wie wir ihn seinerzeit vorgeschlagen haben, ist nach meiner Auffassung der richtige Weg. Ob man dies mit der Union durchsetzen kann, ist eine andere Frage. Da habe ich meine Zweifel. Wahrscheinlich werden aber auch unsere Vorschläge an der Bundesratsmehrheit scheitern. Deshalb sollten wir uns auf den Wegfall des Solidaritätszuschlages konzentrieren, weil dieser ohne Zustimmung des Bundesrats abgeschafft werden kann.

? Der Finanzwissenschaftler Professor Raffelhüschen hat die Rente mit 63 und die Mütterrente als „törichte Dummheit“ bezeichnet. Wie beurteilen Sie die künftige Entwicklung, wenn für die heute 30- bis 50jährigen, wenn diese in Rente gehen, auf einen Ruhestandler nur noch zwei Beitragszahler kommen, statt wie zur Zeit drei?

Frank Schäffler: Aufgrund der Gesetzmäßigkeit, die Sie beschreiben, wird es mit Sicherheit zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit kommen müssen. Gleichwohl plädieren wir für einen flexiblen Rentenübergang, der ab 60 beginnen kann und der die demografische Situation entsprechend berücksichtigt. Und der ab diesem Zeitpunkt auch unbegrenzte Zuverdienstmöglichkeiten schafft. Zur Zeit ist es ja so, dass ein Arbeitnehmer, der vor dem regulären Renteneintrittsalter in den Ruhestand geht, nur begrenzt hinzuverdienen darf. Diese Regelung wollen wir kippen.



? Wie stehen Sie zu den Thesen von Thomas de Maiziere, der erneut eine deutsche Leitkultur ins Gespräch gebracht hat?

Frank Schäffler: Eine Leitkultur, so wie Thomas de Maiziere sie definiert, ist nicht meine Vorstellung. Außerdem wird Leitkultur in Flensburg anders als in Bayern definiert – es gibt also unterschiedliche Vorstellungen. Ich meine, dass die Werte des Grundgesetzes, die für eine freiheitliche und offene Gesellschaft stehen, unsere Leitkultur sein müssen. Deshalb meine ich, der Begriff des Ver-

fassungspatriotismus wäre die bessere Definition.

? Wie bewerten Sie mit Blick auf die Presse- und Meinungsfreiheit die Pläne der GroKo zum sogenannten Netzwerkdurchsetzungsgesetz? Befürchten Sie nicht, dass soziale Netzwerke wie Facebook & Co. durch dieses Gesetz in die Rolle der Sittenpolizei und des Hilfssheriffs für Strafverfolgungsbehörden gedrängt werden?

Frank Schäffler: Dieses Gesetz ist ein ganz übler Eingriff in die Meinungsfreiheit. Eine ganz schlimme Entwicklung, weil private Unternehmen unter Strafandrohung verpflichtet werden sollen, vermeintlich rechtswidrige Inhalte zu löschen. Es ist bei der Vielzahl der Einträge nahezu unmöglich, in dieser kurzen Zeitspanne dem Gesetz Folge zu leisten.

? Der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, fordert einen gemeinsamen Haushalt der Eurostaaten. Das fordert auch der französische Präsident Macron. Wie bewerten Sie als prominenter Kritiker der Eurorettungspolitik den Vorschlag von Martin Schulz?

Frank Schäffler: Dieser Vorschlag ist genauso hirnrissig wie der Vorschlag von Martin Schulz, eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung zu installieren. Ein solcher Vorschlag heißt nichts anderes, als dass der deutsche Steuerzahler für eine verfehlte Wirtschaftspolitik in den Südländern zur Kasse gebeten wird. Allein diese Vorschläge von Martin Schulz sollten Grund genug sein, ihm bei der Bundestagswahl die Stimme zu verweigern. ■



Mit Frank Schäffler sprachen Joachim Schäfer ...



... und Andreas Gruschovnik



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH



DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense und Pre-Collision-System.

Exklusive Leasing Sonderkonditionen für bezugsberechtigte Mitglieder des Bundesverbandes der Selbständigen.

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business**
Plus

0,- €*

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA
SERVICE
LEASING**

290 €* Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €*****
(Wartung und Verschleißreparaturen).

AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNISS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €. Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein unverbindliches Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017. Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. Überführung. Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr. 000272.

Bürgerversicherung treibt Arbeitskosten in die Höhe

Erwin Rüdgel MdB (CDU) im Gespräch mit Marcus H. Rexfort

? Die SPD hat das Thema soziale Gerechtigkeit für sich entdeckt und fordert diese im Wahlkampf ein. Wie definieren Sie eine sozial gerechte Politik und was zeichnet diese konkret aus?

Erwin Rüdgel: Lassen Sie mich mit ein paar Fakten antworten. Die Sozialausgaben sind so hoch wie nie zuvor und werden weiter steigen. Schon jetzt entfallen auf sie über die Hälfte aller Ausgaben des Bundes. 2017 sind es 52 Prozent. Rechnet man die Zinsausgaben heraus, sind es sogar 55 Prozent – ein neuer Rekord. Zugleich sind aber auch so viele Menschen in Arbeit wie noch nie. Allein der Bundes-Zuschuss zur Rentenversicherung, das Arbeitslosengeld II und der Zuschuss zum Gesundheitsfonds machen bereits 40 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben des Bundes aus. Insgesamt steigen die Sozialausgaben in diesem Jahr auf 171 Milliarden Euro. In welchem Land der Erde wird denn anteilig mehr für Soziales aufgewandt als in Deutschland? Wo auf der Welt leben die Menschen denn entscheidend besser und sozial umfassender abgesichert als in Deutschland? Wenn die SPD jetzt – rechtzeitig vor der Wahl – wieder die „soziale Gerechtigkeit“ entdeckt, dann muss doch an folgendes erinnert werden: bis vor wenigen Wochen hat die SPD in 13 von 16 Bundesländern regiert oder mitregiert. Im Bund hat sie in den 19 Jahren seit 1998 insgesamt 15 Jahre regiert oder mitregiert. Wenn es also angeblich in Deutschland so schlecht steht um die soziale Gerechtigkeit, warum haben dann die Genossinnen und Genossen in all diesen Jahren nichts daran geändert?

? Wie sehen Sie die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme bei unserer Gesundheits- und Altersvorsorge? Ihre politischen Gegner fordern hier eine solidarische Bürgerversicherung.

Erwin Rüdgel: Wir lehnen eine staatliche Einheitskasse ab. Die sog. „Bürgerversicherung“ treibt die Arbeitskosten in die Höhe und gefährdet besonders qualifizierte Arbeitsplätze



Erwin Rüdgel MdB (CDU)

in der deutschen Wirtschaft. Sie vernichtet zehntausende Arbeitsplätze in der PKV, provoziert Praxenschließungen, ist innovationsfeindlich und verschärft die demografischen Probleme. Sie ist verfassungsrechtlich fragwürdig und schafft ohne jede Not hier bei uns Verhältnisse wie in Großbritannien und führt im Ergebnis zu genau der Zwei-Klassen-Medizin, die angeblich verhindert werden soll. Denn wer Geld hat, wird immer einen Arzt finden – für jede Therapie. Überdies wäre das Ganze ein Experiment mit zahllosen Unbekannten und würde Parlament und Gerichte auf Jahre beschäftigen. Warum sollten Ärzte und Krankenhäuser ihre Patienten „besser“ behandeln, nur weil die Kassen ihre Beitragsgelder nach einem neuen System einsammeln? Warum sollten Kassen sich besonders um Kunden kümmern, die nicht mehr abwandern können? Unserem Gesundheitswesen wird es nicht gut tun, wenn es keine private Konkurrenz und damit keinen Wettbewerb mehr gibt.

? Ludwig Erhard war der Gründer der Sozialen Marktwirtschaft. Wir meinen: „Sozial ist, was Zukunft sichert.“ Wie bewerten Sie hierbei die Funktion des selbstständigen

Mittelstands, also des Kleinunternehmers mit bis zu 10 Mitarbeitern?

Erwin Rüdgel: Das Erbe Ludwig Erhards bleibt für uns richtungweisend. Die deutschen KMU sind von überragender Bedeutung für unsere Wirtschaft: Das gilt für Umsatz, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, für Ausbildungsplätze, für Exporte, für Aufwendungen zu Forschung und Entwicklung wie zur gesamten Wertschöpfung der deutschen Unternehmen. Im Übrigen zeigt ein Vergleich zum Beispiel mit Frankreich – wo der Mittelstand, wie wir ihn in Deutschland kennen, weitgehend fehlt und wo zudem die Großbetriebe erheblichem staatlichem Einfluss unterliegen –, in welchem hohen Maße das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands unseren innovativen KMU zu verdanken ist. Deshalb sage ich aus voller Überzeugung: Der deutsche Mittelstand ist die tragende Säule unserer Wirtschaft und muss dies auch in Zukunft bleiben.

? Was würden Sie sich zur Entlastung dieser Bevölkerungsgruppe wünschen und was fordern Sie hier, als Mitglied der CDU-Mittelstandsvereinigung, politisch für die kommende Legislaturperiode in Ihrer Fraktion ein?

Erwin Rüdgel: In der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) haben die KMU einen starken Interessenvertreter. Die MIT tritt entschieden für eine faire Besteuerung von Bürgern und Unternehmen, für deutliche Steuersenkungen, für eine Modernisierung des Arbeitsmarkts und für eine marktwirtschaftliche Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik ein. Zudem will die MIT Deutschland zur „Digitalrepublik Nummer 1“ in Europa entwickeln und präsentiert konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung.

? Das Thema Sicherheit gewinnt mit jedem Terroranschlag und mit jeder Cyberattacke an Brisanz. Wie wird Ihre Fraktion diese beiden Lebensbereiche schützen?

Erwin Rüdgel: Verurteilte Extremisten können künftig nach ihrer Haftentlassung zum Tragen einer elektronischen Fußfessel verpflichtet werden. Abschiebehaft soll verhängt werden, wenn von Ausreisepflichtigen eine erhebliche Sicherheitsgefahr ausgeht. Außerdem wird der Gewahrsam bis zur Ausreise verlängert. Sogenannte Gefährder werden noch schärfer überwacht. Asylsuchende ohne Bleibeperspektive und solche, die falsche Angaben machen, werden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Mit der Reform des BKA-Gesetzes schaffen wir den rechtlichen Rahmen für eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme. Ferner wird das Personal im zivilen Cyber-Abwehrzentrum und im Bundeswehr-Cyber-Kommando weiter aufgestockt. Insgesamt gibt der Bund für die Sicherheitsbehörden insgesamt drei Milliarden Euro zusätzlich bis 2020. Allein die Bundespolizei erhält insgesamt mehr als 7.000 Stellen zusätzlich. Aber es ist klar: die wachsende Zahl terroristischer Anschläge in Europa erfordert eine noch viel engere Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Das gilt für die Polizei, aber ebenso für Verfassungsschützer und Geheimdienste: Rascher und umfassender Datenaustausch und EU-weite Vernetzung sind das Gebot der Stunde. Und wir dürfen nicht vergessen: die Zusammenarbeit mit den USA im Anti-Terror-Kampf ist für Europa überlebenswichtig. Grundsätzlich möchte ich anmerken: Statt womöglich zunehmend Bürgerrechte einzuschränken, sollten wir uns lieber auf das problematische Klientel konzentrieren. Und das heißt eben auch weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, ggf. die Ausweisung von Imamen, die Auflösung von Moscheevereinen usw.

? Wir wandeln uns immer mehr von einem demokratischen Staat in einen Sicherheitsstaat. Letzteren hatten wir eigentlich im Osten unserer Republik abgeschafft. Wie gewichten Sie die persönliche Freiheit des Einzelnen im Verhältnis zur Aufwertung der Terrorabwehr?

Erwin Rüdgel: Das ist in der Tat ein sehr ernstes Thema. Natürlich muss der Staat die bürgerlichen Freiheiten, die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum seiner Bewohner schützen. In Zeiten wachsender Kriminalität und zunehmender terroristischer Bedrohungen verschärft der Staat seine Maßnahmen gegen Kriminelle und gegen den islamistischen Terror. Dies führt allerdings auch dazu, dass die Freiheiten jedes Einzelnen direkt oder indirekt betroffen

sind, dass es mehr Kontrollen gibt, dass ein System verschärfter Überwachung entsteht. Denken wir z.B. nur an Kontenabfragen, Telefon- und Internet-Überwachung. Wir müssen aber achtgeben, dass dies nicht zur Aushöhlung der Bürgerrechte, zu einem Überwachungsstaat und zur Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger führt. Selbstverständlich muss der islamistische Terror in Europa unter Kontrolle gebracht werden. Denn wir wollen nicht damit leben müssen, dass jederzeit etwas passieren kann. Aber bei allen Maßnahmen, die die Freiheitsrechte der Bürger berühren, handelt es sich um eine Gratwanderung, bei der wir die zentralen Errungenschaften unserer freiheitlichen Ordnung nicht gefährden dürfen.

? Freiheit heißt auch Verantwortung. Letzteres wird durch eine größer werdende Bevormundung und durch umfassende Regulierung reduziert. Wo und in welchen Bereichen sollte sich unser Staat Ihrer Meinung nach zurückziehen und dem Bürger mehr Eigenverantwortung übertragen?

Erwin Rüdgel: Als Gesundheitspolitiker bin ich natürlich für ein breites Angebot in Sachen Prävention. Aber ich bin dagegen, dass der Staat die Menschen in ihren privaten Entscheidungen zunehmend bevormundet und drangsaliert. Das ist ein Kennzeichen grüner Politik. Ich räume ein, dass auch andere Parteien davon angesteckt worden sind. Ich persönlich will aber keinen „Nanny-Staat“. Ich wünsche mir Bürgerinnen und Bürger, die sich selbst um ihre Daseinsvorsorge kümmern. Der Staat sollte seine originären Aufgaben erfüllen – da hat er wahrlich genug zu tun.

? Während wir mit der Währungsunion eigentlich Europa einigen und sichern wollten, sind durch fehlenden fiskalpolitischen Mindeststandard größer werdende Ungleichheiten aufgetreten. Dies führt zu Spannungen und Populismus bei den nationalen Parlamenten und Bevölkerungsgruppen. Müssten im Vorfeld von nationalen Reformen nicht erst einmal durch einen neuen europäischen Rahmenvertrag genau diese Themen definiert und allgemeinverbindlich erklärt werden?

Erwin Rüdgel: Sie sprechen mit Recht einige der kritischen Fragen an, vor denen wir in der EU stehen. Nach den Wahlen in Frankreich und den Absichtserklärungen des neuen Präsidenten hoffe ich hier auf eine deutliche Bewegung. Ich denke, es gibt jetzt ei-

ne reelle Chance, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam auf eine Art „Neustart“ innerhalb der EU hinwirken werden. Dieser muss auch eine dauerhafte Stabilisierung der EURO-Zone einschließen.

? Kann Ihrer Meinung nach Europa ohne Transferleistungen und ohne Schuldenunion zukünftig funktionieren? Muss nicht auch hier ein Länderfinanzausgleich herbeigeführt werden?

Erwin Rüdgel: Ich habe ja schon angedeutet, dass ich hoffe, dass Frankreich seine Probleme in den Griff bekommt. Das sollte dann auch anderen zur Nachahmung dienen. Deutschland ist bekanntlich größter Nettoszahler der EU und trägt maßgeblich zu milliardenschweren Strukturhilfen für andere Mitgliedsländer bei. Im Hintergrund sind wir auch ein entscheidender Garant für die Maßnahmen der EZB. Mehr können wir nach meiner Einschätzung nicht tun. Alles andere würde nur dazu führen, populistischen Parolen gegen die europäische Einigung in Deutschland Zuspruch zu verschaffen.

? Die Amerikaner fordern höhere Aufwendungen für unsere Sicherheit. Was spricht hier eigentlich diesem Ansinnen entgegen, zumal in diesem Kontext eine europäische Einsatzgruppe, welche als EU-Parlamentsarmee notwendige Auslandseinsätze durchführen kann, geschaffen werden könnte?

Erwin Rüdgel: Ich sehe so bald keine „EU-Parlamentsarmee“, und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen. Die NATO ist und bleibt von fundamentaler Bedeutung für die transatlantischen Beziehungen und die Bewahrung von Frieden und Stabilität in Europa. Die USA sind und bleiben unser wichtigster weltpolitischer Partner. Ohne die USA gibt es für Deutschland und Europa keine Sicherheit. Das gilt erst recht mit Blick auf den Brexit – denn mit Großbritannien scheidet immerhin eine europäische Nuklearmacht und ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats aus der EU aus. Deshalb sehe ich heute und in absehbarer Zukunft nichts, was die amerikanische Sicherheitsgarantie und den amerikanischen Atomschirm adäquat ersetzen könnte. Ich plädiere nachdrücklich dafür, gegenüber Washington sachlich, ruhig und nüchtern unsere Interessen zu vertreten. Dazu muss dann auch unsere Bereitschaft gehören, angemessene Investitionen für die gemeinsame Verteidigung zu leisten. ■

Schadet die an den Hochschulen überhandnehmende Anglophonie der mittelständischen Wirtschaft?

Die mittelständische Wirtschaft sucht dringend nach Fachkräften auch aus dem Kreis ausländischer Studienabsolventen (1). Damit diese auf dem inländischen Arbeitsmarkt Fuß fassen können, sollten sie nicht nur ein Alltagsdeutsch, sondern auch ihre deutsche(n) Fachsprache(n) beherrschen. Tatsächlich betonen alle dafür zuständigen staatlichen Stellen unablässig zu Recht, der Schlüssel zu Integration, gesellschaftlicher Teilhabe und beruflichen Chancen sei selbstverständlich die Beherrschung unserer Landessprache. Passend dazu belegt eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, dass der Bleibewunsch ausländischer Studienabsolventen deutlich mit der Qualität ihrer Deutschkenntnisse korreliert (2).

Maßgebliche akademische und sprachpolitische Akteure und Verbände haben den Zusammenhang zwischen Sprachkenntnissen und der Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt auch längst anerkannt. Viele unserer Hochschulen glauben jedoch, sich eine Sprachpolitik leisten zu müssen, die allen Integrationsbemühungen zuwiderläuft. Allen voran will beispielsweise die TU München ab 2020 fast sämtliche weiterführenden Studiengänge nur noch in englischer Sprache anbieten; verbindliche Sprachlernmodule in den Curricula sind nicht vorgesehen (3).

Ähnliches passiert weniger spektakulär an zahllosen anderen Universitäten. Cottbus-Senftenberg etwa bietet mindestens 4 Masterstudiengänge im Bereich Geowissenschaften mit eindeutig regionalem Bezug nur noch auf Englisch an. In Potsdam kann

man Toxikologie und Neurokognition nur in englischer Sprache studieren, ähnlich wie Physik an der FU Berlin.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. All diese Hochschulen missbrauchen das Grundrecht der wissenschaftlichen Lehr- und Lernfreiheit (vgl. (4)) für Zwecke ihrer (schein-)internationalen Profilierung. So behindern sie die Integration der ausländischen Studienabsolventen und das interkulturelle Verständnis, gefährden die Verankerung der Wissenschaft in der sie tragenden Gesellschaft und beschädigen den Status der Landessprache als Klammer aller gesellschaftlichen Bereiche.

Die weltweiten Anstrengungen des Auswärtigen Amtes zur Förderung der Deutschkenntnisse (5) laufen ins Leere, wenn unsere Hochschulen solche auf einschlägigen Webseiten ausdrücklich für überflüssig erklären. Stattdessen produzieren sie ihre Master-Absolventen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, eifrig am Bedarf insbesondere auch der mittelständischen Wirtschaft vorbei. Offenbar glauben sie, ihre Absolventen würden im Inland gar nicht gebraucht, bedürften also auch keiner fachlich qualifizierten Deutschkenntnisse. Stattdessen erheben sie den Anspruch, für einen „weltweiten“ (Universität Potsdam) Markt auszubilden. Wahllos sammeln sie ausländische Studenten ein, steigern so ihre „Internationalisierungsquote“ und sichern sich dadurch entsprechende staatliche Fördermittel. Der „Erfolg“ bleibt, zumal angesichts fehlender Studiengebühren, nicht aus. Anteile internationaler Studenten von 30% und

darüber sind längst keine Seltenheit mehr.

So verkommt das Projekt „Internationalisierung“ zum Fetisch, statt den internationalen Austausch zu fördern. Unter dessen verwaltungstechnischer Implementierung leiden in der Hochschulpraxis nicht nur Dozenten und Studenten, sondern - schlimmer noch - auch die Qualität der Lehre (6).

Das deprimierende Ergebnis: 80 % der ausländischen Studenten sehen zwar ihre beruflichen Perspektiven in Deutschland, doch mangels Deutschkenntnissen nehmen nur 26 % eine Tätigkeit in deutschen Betrieben auf (7-10). Oft haben sie ihre Kenntnisse gerade während ihres hiesigen Studiums sogar verloren (11, 12). Nach Rückkehr in ihre Heimatländer agieren diese Absolventen mangels Identifikation mit dem Standort Deutschland auch nicht als Multiplikatoren im Sinne unserer Wissenschaft und Wirtschaft (13).

Es ist höchste Zeit, dass sich mittelständische Wirtschaftsverbände wie der BDS dieses Problems annehmen und die (un-)wirtschaftlichen Folgen ausschließlich englischsprachiger Studiengänge ansprechen.

Die Autoren:

Ralph Mocikat und Hermann H. Dieter, Vorstandsmitglieder des Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache e. V. (www.adawis.de). Der ADAWIS ist eine europaweite Vereinigung von Wissenschaftlern, die sich für die qualifizierte Mehrsprachigkeit von Forschung und Lehre und die Landessprache Deutsch als akademische Verkehrssprache im Inland einsetzen. ■

(1) Claudia Münch/Markus Hoch: Studentische Mobilität und ihre finanziellen Effekte auf das Gastland. Studie im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Prognos AG. Berlin: 2013.

(2) Bevölkerungsforschung Aktuell 4 (2014): Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

(3) Auskunft des Präsidiums der TU München, Juli 2014, an R. Mocikat.

(4) Axel Flessner: Der Rechtsanspruch auf die Landessprache in der Universität. Zeitschrift für Rechtspolitik 7/2015, 212-215

(5) http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/03_Sprache/DeutscheSprache_node.html

(6) Philipp Oswalt, Marina Adams: Internationale Studenten: Ohne Worte, in ZEIT-ONLINE, 6. 4. 2017.

Abfragbar unter

<http://www.zeit.de/2017/13/internationale-studenten-deutschkenntnisse-universitaet/komplettansicht?print>

(7) Zugangstor Hochschule. Internationale Studierende als Fachkräfte von morgen gewinnen. Studie des Sachverständigenrats Deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2015.

(8) Brooke Sykes/Eadaoin N. Chaoimh: Mobile Talente? Ein Vergleich der Bleibeabsichten internationaler Studierender in fünf Staaten der Europäischen Union. Studie des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.). Berlin: 2012.

(9) Martina Dömling, Peer Pasternak: Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler Hochschulabsolventen in Deutschland. HoF-Handreichungen 7, Beiheft zu „Die Hochschule“ 2015; Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2015.

(10) Christian Fandrych: "I need German in my Life". Eine empiri-

sche Studie zur Sprachsituation in englisch-sprachigen Studiengängen in Deutschland. Stauffenburg-Verlag, 2012.

(11) Hu Chen: Verbessern chinesische Studierende ihre Sprechfertigkeit im Deutschen während des Fachstudiums in Deutschland? Eine empirische Untersuchung unter Berücksichtigung sozialer Aspekte. Frankfurt a.M.: Lang 2012.

(12) Antje Wegner: Internationale Nachwuchswissenschaftler in Deutschland. Motivation – Integration – Förderung. Ergebnisse einer bundesweiten Studie. Hrsg.: GATE-Germany, Konsortium Internationales Hochschulmarketing. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld, 2016

(13) Katja Petereit/Elke Spielmanns-Rome: Sprecht Deutsch mit uns. Ausländische Studierende in englisch-sprachigen Studiengängen wollen mehr Deutsch lernen. In: Forschung und Lehre Nr. 3 (2010), S. 172-173.

Audi Business

Wer jeden Tag alles gibt, sollte auch alles bekommen.



Profitieren Sie als Businesskunde* von attraktiven Sonderkonditionen und individuellen Service-Dienstleistungen. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Audi Partner oder unter [audi.de/businesskunden](https://www.audi.de/businesskunden)

*Gültig für Gewerbetreibende, selbstständige Freiberufler, selbstständige Land- und Forstwirte oder in einer Genossenschaft Aktive. Ausgeschlossen sind Abnehmer mit einem gültigen Konzerngroßkundenvertrag bzw. Abnehmer, die in einem gültigen Großkundenvertrag bestellberechtigt sind.

„Das Feuer, nicht die Asche bewahren“

Hessischer Ex-Minister Christean Wagner erläutert vor BDS-Grundsatzausschuss die Intentionen des „Berliner Kreises“



Hoher Besuch beim Grundsatzausschuss des BDS Nordrhein-Westfalen. Desessen Vorsitzender Thomas Brüggmann konnte den früheren hessischen Kultusminister (1987-1991) und späteren Justizminister Christean Wagner begrüßen, der weiterhin auch Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag war (ab November 2005). Zudem war Wagner vom 19. November 2007 bis zum 06. Mai 2013 Vorsitzender der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU in Deutschland. Nach seinem Ausscheiden aus dem hessischen Landesparlament (2014) machte sich Wagner als Mitinitiator des sogenannten Berliner Kreises einen Namen. Der Berliner Kreis ist eine informelle Gruppe von Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten von CDU und CSU sowie einigen bekannten Journalisten. Nach Christean Wagners Worten ist eine deutlichere Profilierung der

Forderung:
Rückbesinnung auf christlich-soziale, wirtschaftsliberale und wertkonservative Wurzeln

Union und eine Rückbesinnung auf ihre christlich-sozialen, wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Wurzeln das Ziel des Berliner Kreises. Prominente Mitstreiter seien unter anderem Wolfgang Bosbach, Carsten Linnemann, Veronika Bellmann und Christian Freiherr von

Stetten, hob Wagner hervor. Alle Mitglieder des Berliner Kreises seien der Auffassung – so Christean Wagner weiter –, dass die christlich-demokratischen Stammwähler durch die Partei zugunsten der „Laufkundschaft“ vernachlässigt worden seien. Nicht zu Unrecht hätten dem bürgerlichen Lager zugelegte Journalisten von einer Sozialdemokratisierung der Union gesprochen.

Dabei sei das Grundsatzprogramm der Partei, an dem er an verantwortungsvoller Stelle für die gesamte Innen- und Justizpolitik mitgearbeitet habe, nach wie vor in Ordnung. Aus seiner Sicht werde es nur von der Führungsebene nicht immer ausreichend beachtet und umgesetzt – eine Aussage, die die Mitglieder des Grundsatzausschusses als versteckte Kritik an der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel verstanden. Diese Politik habe dann dazu geführt,



Christean Wagner und Thomas Brüggmann, Vorsitzender des BDS-Grundsatzausschusses, der die Sitzung leitete

unterstrich Wagner, dass rechts von der CDU Platz wurde und das Credo von Franz-Josef Strauß, der zu seinen Lebzeiten immer gefordert habe, dass es rechts von der Union keine demokratisch-legitimierte Partei geben dürfe, ausgehebelt worden sei. Das Entstehen der AfD sei die logische Folge gewesen, so Wagners Analyse.

Bei aller Kritik an der jetzigen Ausrichtung seiner Partei und an einigen Funktionsträgern betonte Wagner, dass es nicht das Ziel des Berliner Kreises sei, in Konkurrenz zur eigenen Partei zu treten. Seinen Mitstreitern und ihm gehe es ausschließlich darum zu betonen, dass die CDU eine Werteunion sei. Dass diese seine Haltung inzwischen von tausenden Parteimitgliedern geteilt werde, zeige sich an der Gründung von „freiheitlich-konservativen Aufbrüchen“ in ganz Deutschland.

Dem Berliner Kreis gehe es darum, zu demonstrieren, dass liberal-konservative Wähler nach wie vor ihre Heimat in der Union haben können. Der SPD-Spitzenkandidat Schulz, der die Agenda 2010 abschaffen wolle und eine Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei



BDS-Präsident Hans-Peter Murmann (li.) nahm ebenfalls an der Sitzung des BDS-Grundsatzsausschusses teil

„Die Linke“ nicht ausschließe, sei wahrlich keine Alternative.

Die nach seinen Worten festzustellenden Irritationen innerhalb der Union macht Wagner an mehreren Punkten fest: Griechenlandhilfe, Eurokrise, Energiewende, Abschaffung der Wehrpflicht, Frauenquote und Flüchtlingskrise. Vor allem die unkontrollierte Einwanderung von mehreren hunderttausenden Flüchtlingen mit und ohne Pass sei ein Wiederbelebungsprogramm für die AfD gewesen, so Wagners kritische Bilanz.

„Die unkontrollierte Einwanderung von mehreren hunderttausenden Flüchtlingen mit und ohne Pass ist ein Wiederbelebungsprogramm für die AfD gewesen“

Was Christean Wagner besonders ärgert, ist die Reaktion von Angela Merkel auf den Beschluss des CDU-Bundesparteitages, die doppelte Staatsbürgerschaft abzulehnen. Wenn die Bundeskanzlerin nach gründlicher Diskussion der Delegierten und Beschlussfassung sage, dass sie das Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft nicht akzeptieren werde, dann würde dies die Anhänger der CDU zutiefst irritieren, unterstrich Wagner.

Im zweiten Teil seines Vortrages erläuterte Christean Wagner den Mitgliedern des Grundsatzsausschusses, was er unter wertkonservativ versteht. Für ihn lebt der Konservative nicht aus dem Gestern heraus, sondern aus dem, was immer gilt: Überzeugungstreue, Mut, Fleiß, Gradlinigkeit und Bindung an den eigenen Glauben. Dies unterscheide den Konservativen massiv von einem Reaktionär, der das ewig gestrige verteidigen wolle. Kurzum: Der Konservative wolle – frei nach Edmund Burke – das Feuer, nicht aber die Asche bewahren, umschrieb Christean Wagner seine tiefe Überzeugung. A.S ■

eset SICHER IM INTERNET

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support.

Dies alles für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android. Als Einzelversion oder als Paket mit bis zu 5 Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

- ✓ Antivirus/Antispyware
- ✓ Optimierte für virtuelle Umgebungen
- ✓ Anti-Phishing
- ✓ Web-Kontrolle
- ✓ Zwei-Wege-Firewall
- ✓ Botnet-Erkennung
- ✓ Anti-Spam
- ✓ Zentrale Verwaltung

Fragen Sie nach einem auf Sie speziell zugeschnittenen Sicherheitspaket! Gerne beraten wir Sie - Ihr K6 Medien Team!

Exklusiv für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf ESET-Software



K6 MEDIEN
MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!

(0231) 33874133
(0231) 33896183
info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Betriebliche Altersvorsorge

Zeit, dass sich was dreht

Dank nachhaltiger Investitionen, zum Beispiel in Windparks, sind Kundengelder beim BdS-Kooperationspartner Allianz Lebensversicherung gut angelegt. Eine kluge Strategie ermöglicht nicht nur attraktive Renditen, sie hilft auch dem Klima.

Guter Ertrag, wenig Risiko – so sieht die ideale Geldanlage aus. In Zeiten historisch niedriger Zinsen ist es für Mitarbeiter und betriebliche Sparer allerdings nicht einfach, sicher und rentabel fürs Alter vorzusorgen. Die betriebliche Altersvorsorge (bAV) der Allianz hat bessere Möglichkeiten – und schöpft diese im Kundeninteresse aus. Zum Beispiel, indem sie in erneuerbare Energien und Infrastrukturprojekte investiert. Hierbei lässt sich eine langfristig stabile Rendite erzielen und gleichzeitig etwas fürs Klima tun. Alternative Investments tragen attraktiven Erträgen der Betriebsrente bei: So liegt die gesamte Verzinsung des Sparanteils der bAV-Verträge bei der am häufigsten gewählten Variante Perspektive für 2017 bei 3,7 Prozent. Im Vergleich zu anderen Sparformen wie Tagesgeldkonten, bei denen es derzeit maximal 1 Prozent gibt, ist diese Verzinsung hervorragend. Hinzu kommt, dass Arbeitnehmer Teile ihres Bruttogehalts (bis zu 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze – das sind 3048 Euro für 2017) steuer- und sozialabgabenfrei in eine Betriebsrente

ein zahlen können. Durchschnittsverdiener sparen dadurch fast 50 Prozent ihrer Beiträge, da ihr Nettoaufwand entsprechend geringer ist.

BLAUE ENERGIE FÜR EINE SICHERE RENTE

In Deutschland, Frankreich, Italien, den USA, Finnland, Schweden und Österreich betreibt die Allianz mittlerweile mehr als 70 Wind- und sieben Solarparks. Die Anlagen produzieren rund 1800 Megawattstunden Strom pro Jahr – genug für 300 Millionen Energiesparlampen. Zudem investiert die Allianz in Projekte wie Metrolinien, das Londoner Abwassersystem oder Gasnetze in Tschechien, Österreich und Norwegen.

Allianz-Chefanleger Andreas Lindner nennt die Gründe für diese Strategie: „Zunächst wünscht sich knapp die Hälfte der Allianz Kunden umwelt- und sozialverträgliche Kapitalanlagen. Außerdem bringen Investitionen in Infrastruktur einen ähnlichen Ertrag wie Aktien, sind aber deutlich weniger riskant. Und drittens hat die Allianz ein Interesse daran, den Klimawandel einzudämmen: Denn ein Versicherungsunternehmen muss Schäden kalkulieren können, die Folgen einer globalen Katastrophe wären aber unberechenbar.“

UMWELTSCHUTZ PER KAPITALANLAGE

Die Strategie der Allianz ist umfassend: Sie investiert nicht nur direkt in nachhaltige Anlagen, etwa in Windparks, sondern achtet auch bei der Auswahl ihrer Investments auf Nachhaltigkeit. Seit Ende 2016



Allianz-Chefanleger
Andreas Lindner

Alternative Investments tragen attraktiven Erträgen der Betriebsrente bei: So liegt die gesamte Verzinsung des Sparanteils der bAV-Verträge bei der am häufigsten gewählten Variante Perspektive für 2017 bei 3,7 Prozent

werden Aktien und Staatsanleihen von den Anlagemanagern der Allianz Lebensversicherung und der Privaten Krankenversicherung auf ihre ESG-Werte geprüft – E steht für Environmental (umweltbewusst), S für Social (sozialverträglich), G für Governance (gute Unternehmensführung) erläutert Andreas Lindner. Papiere mit guter Bewertung erhöhen ihre Chance, ins Portfolio der zu kommen. 37 Themenbereiche werden in der ESG-Analyse überprüft, darunter Treibhausgasemissionen, Arbeitssicherheit und Korruption.

Außerdem gibt es klare Ausschlusskriterien: Die Anlagemanager investieren zum Beispiel nicht in Papiere von Energieversorgern, die ihren Strom zu mehr als 30 Prozent aus Kohle gewinnen. Denn Kohlekraftwerke stoßen viel Kohlendioxid aus – eine der Ursachen der Erderwärmung. Von der Strategie der Allianz sollen nicht nur bAV-Kunden profitieren, sondern auch das Klima. ■

© Allianz Lebensversicherungs-AG



(0231) 33874133
(0231) 2265788
info@k6-medien.de





BDS.

Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter:
www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:
Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift

Falsche Statusangabe bei „XING“

Keine fristlose Kündigung bei Konkurrenz­­tätigkeit zum Arbeitgeber

Die falsche Angabe des beruflichen Status als „Freiberufler“ auf dem Online-Portal „XING“ kann ohne das Hinzutreten weiterer Umstände keine fristlose Kündigung wegen einer Konkurrenz­­tätigkeit rechtfertigen (Entscheidung des Landesarbeitsgerichts (LAG) Köln vom 7. Februar 2017, Az.: 12 Sa 745/16).

Der Kläger war Mitarbeiter einer Steuerberaterkanzlei. Er schloss mit der Beklagten einen Aufhebungsvertrag mit mehrmonatiger Auslauf­­frist. Kurz vor Ende des Arbeitsverhältnisses stellte die Beklagte fest, dass der Kläger in seinem privaten XING-Profil bereits angegeben hatte, als „Freiberufler“ tätig zu sein. Sie sah in diesem Verhalten eine unzulässige Konkurrenz­­tätigkeit und kündigte deshalb das Arbeitsverhältnis fristlos. Zur Begründung führte die Beklagte aus, dass aufgrund der überwiegend beruflichen Nutzung des sozialen Netzwerks davon auszugehen ist, dass der Kläger hiermit aktiv eine freiberufliche Tätigkeit in Konkurrenz zur Arbeitgeberin beworben und Mandanten habe abwerben wollen.

Das LAG Köln gab der Kündigungsschutzklage statt. Die Kündigung war rechtsunwirksam.

Zwar sei einem Arbeitnehmer grundsätzlich während des gesamten rechtlichen Bestandes des Arbeitsverhältnisses eine Konkurrenz­­tätigkeit untersagt. Zulässig seien aber Handlungen, mit denen eine spätere Konkurrenz­­tätigkeit nach Ende des Arbeitsverhältnisses lediglich vorbereitet werde. Die Grenze der noch zulässigen



gen Vorbereitungshandlung werde erst bei einer aktiv nach außen tretenden Werbung für eine Konkurrenz­­tätigkeit überschritten.

Dies könne bei der fehlerhaften Angabe, der – aktuelle – berufliche Status sei „Freiberufler“, ohne Hinzutreten weiterer Umstände nicht angenommen werden. Entscheidend war für die Kammer auch, dass der Name der Beklagte im XING-Profil weiterhin als aktuelle Tätigkeit genannt war und unter der XING-Rubrik „Ich suche“ gerade keine Angaben durch den Kläger dahingehend vorgenommen worden waren, dass freiberufliche Mandate gesucht werden. ■

Rückfragen:

Klaus-Dieter Franzen,
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz
FRANZEN Legal
Domshof 8-12
28195 Bremen
Telefon: 0421-79273-30
Telefax: 0421-79273-55
E-Mail: franzen@legales.de
www.legales.de

Der Autor ist Landesregionalleiter „Bremen“ des VDAA Verband deutscher Arbeitsrechtsanwälte e. V.

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggmann, Anita Schäfer
Fotos: BDS/Archiv

Layout & © Titel: Joachim Schäfer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Starker Tobak

22 Professoren und Publizisten ziehen eine kritische Bilanz der Ära Merkel

Dieses Buch ist starker Tobak und Bundeskanzlerin Angela Merkel wird „not amused“ sein. Mitten in der heißen Wahlkampfphase zieht Herausgeber Philip Plickert eine kritische Bilanz über die Regierungszeit von Angela Merkel. Dabei wäre der Begriff „Abrechnung“ durchaus treffender. Dies überrascht umso mehr, weil Plickert, der sich als Wirtschaftsjournalist einen Namen gemacht hat und seit 2007 als Redakteur bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* tätig ist, den Unionsparteien politisch nahe steht.

Die Autoren der Anthologie gehören in ihrer Mehrheit zu den journalistischen und publizistischen Schwergewichten der Republik: Birgit Kelle, Roland Tichy, Michael Wolffsohn, Rafael Seligmann, Necla Kelek und nicht zuletzt Thilo Sarrazin – um nur einige Namen zu nennen.

Diktatorische Anwandlungen

Utopische Politik, Opportunismus, diktatorische Anwandlungen, Scheinriesentum und Debatteverweigerung muss sich die Kanzlerin vorwerfen lassen. Dabei geht es vor allem um Themen, die auch den sogenannten Berliner Kreis (ein Zusammenschluss von wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Unionspolitikern) umtreiben: also um Energiewende, Eurokrise, Wehrpflicht und Einwanderung.

Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt beschreibt, wie Angela Merkel die wert- und kulturkonservativen Wähler verprellt und die Partei systematisch „nach links und grün“ verschoben hat.

Der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn beichtet vorab, dass er Ja zu Angela Merkel als Bundeskanzlerin sagt. Gleichwohl sei sie in seinen Augen eine tragische Regierungschefin, weil sie schuldlos schuldig wurde. In der operativen Flüchtlingspolitik habe sie fast alles falsch gemacht, was falsch zu machen gewesen sei.



Philip Plickert (Hrsg.)

Merkel: Eine kritische Bilanz, Hardcover, 256 Seiten, Finanzbuch Verlag
ISBN: 978-3-95972-065-6, 19,99 Euro

Sie und ihr Anhang hätten zu selten zwischen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, politisch Asylsuchenden, Wirtschaftsflüchtlingen und skrupellosen unser Sozialsystem ausnutzenden entschieden und weitgehend unkontrolliert ins Land gelassen.

Die bekannte Frauenrechtlerin, Birgit Kelle, wirft Merkel vor, die Sozialdemokratisierung der CDU-Familienpolitik herbeigeführt zu haben. Als Beispiel führt Kelle die Krippeoffensive, das neue Unterhaltsrecht und die Umwandlung des Erziehungsgeldes in ein Elterngeld an. Aus allen Rohren sei gegen die finanzielle Unterstützung von Eltern geschossen worden, die noch in Eigenverantwortung ihre Kinder großziehen wollten: Verdummungsprämie, Fernhalteprämie, Schnapsgehalt, so habe es im feministischen Lager getönt. So führe Angela Merkel nach

12 Jahren Kanzlerschaft eine familienprogrammatisch ausgehöhlte Partei in den Wahlkampf, die dieses Feld nicht nur kampflös sondern gar bereitwillig der SPD überlassen habe, so Kelles ernüchterndes Fazit.

Unter der Überschrift „Der verlorene Kompass“ lastet Daniel Koerfer Angela Merkel die Abkehr von Ludwig Erhard und der sozialen Marktwirtschaft an. Justus Haucap beschreibt Deutschlands teuren Irrweg in der Energiepolitik und Roland Tichy analysiert die „ideologisch-planwirtschaftliche Technologiepolitik“ der Kanzlerin.

Spannend natürlich auch der Beitrag von Thilo Sarrazin, der Merkel beschuldigt, eine Diskussion über Steuerung und Kontrolle der Einwanderung zu verhindern. Zudem habe nach seiner Ansicht das deutsche Asylrecht versagt, mit der Folge, dass enorme Kosten für den Steuerzahler entstehen werden. Seine Bewertung: „Angela Merkel hat in ihrem Amtseid geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Mit ihrem kopfloßen Alleingang in der Flüchtlingspolitik 2015 hat sie dies nicht getan.“

Platz 17 auf Spiegel-Bestsellerliste

Dass dieses Buch Widerspruch hervorrufen wird, steht außer Frage. So haben sich auch schon die üblichen Verdächtigen zu Wort gemeldet. Die *TAZ* titelte: „Hass, sachlich hergeleitet“. Und das *Neue Deutschland* sprach von einer etwas anderen Wahlempfehlung: „Wer rechtsbürgerliche Widersacher wie Merkel hat, braucht die Opposition nicht zu fürchten.“

Wie dem auch sei, eines haben Philip Plickert und seine Mitstreiter bereits erreicht: Schon eine Woche nach der Buchvorstellung katapultierte sich die Streitschrift auf Platz 31 der *Spiegel*-Bestsellerliste und kletterte inzwischen auf Platz 17. Der Verlag kündigte aufgrund „des Verkaufserfolges“ bereits die zweite Druckauflage an. A.S. ■

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 2265788
info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Hand in Hand ist ...

... nicht alleine dazustehen, wenn das Leben mal eine Verschnaufpause braucht.

Jetzt
Angebot
anfordern

Hand in Hand ist ...

HanseMerkur



Die Krankenversicherung, die zu Ihnen passt:
Exklusive **BDS Sonderkonditionen**
im Rahmenvertrag 2017

GESCHÄFTSSTELLENLEITER
OLIVER KRÖTER

Nymphenburger Str. 13-15 · 80335 München
Mobil 0179 4816065 · Fax 040 41199675876
E-Mail oliver.kroeter@hansemerkur.de